

Bern

«Man muss die Angst überwinden»

Der Verein «Bern neu gründen» zeigte gestern, was Luzern bereits geschafft hat, Bern aber noch kritisch begutachtet: Die Vergrößerung der Stadtregion und eine engere Zusammenarbeit mit der Agglomeration.

Interview: Andrea Mantel

Littau fusionierte im Januar 2010 als erste Gemeinde mit der Stadt Luzern. Können Sie heute eine erste Bilanz ziehen?

Man kann sagen, dass seither nichts geschehen ist, was die Fusion infrage gestellt hätte. Was eine Evaluierung des effektiven Zusammenwachsens von Luzern und Littau anbelangt, benötigt es wohl etwas mehr Zeit. Doch auf jeden einzelnen Bürger gesehen, kann man sagen, dass die Littauer bis heute rund 15 Prozent Steuern gespart haben. Auch das Image der Gemeinde hat sicherlich sehr profitiert. Zudem wage ich zu behaupten, dass das Selbstwertgefühl der Littauer gewachsen ist - sie sind jetzt Luzerner. Die Stadt Luzern hat mit der Fusion gute Wohnlage sowie zusätzliche Industrie- und Gewerbegebiete erhalten.

Im Herbst gehen weitere Gemeinden rund um Luzern an die Urne, um über das künftige Vorgehen zu weiteren Fusionen abzustimmen. Was sind Ihre Prognosen?

Konkret kann die Bevölkerung mit dieser Abstimmung zwischen der Weiterverfolgung der Projekte «Fusion» oder «verstärkte Kooperation» wählen. Im Moment kann wirklich nur spekuliert werden, Prognosen können noch keine gemacht werden, da der Abstimmungskampf erst im Begriff ist, so richtig lanciert zu werden. Der Meinungsprozess, welcher im Sommer passieren wird, ist sehr entscheidend. Es haben sich erst einzelne Vereine oder Politiker geäußert. Die Projektsteuerung empfiehlt ganz klar die «Fusion».

Wieso schafft Bern nicht, was Luzern bereits vor Jahren in Angriff genommen hat?

Hier in Luzern sind Fusionen seit 15 Jahren Thema von Diskussionen und der Entwicklung der gesamten Region. Es gibt viele Gemeinden, welche bereits miteinander fusioniert haben - einfach um ihr eigenes Überleben zu sichern. Wir haben mehr Erfahrungen mit Fusionen und keine Angst mehr, dieses Wort in den Mund zu nehmen. Es braucht grundsätzlich politische Führung oder

Vorreiter für solche Projekte, die das Risiko eingehen, sich möglicherweise die Finger zu verbrennen. Wenn niemand diese Angst überwindet, wird es schwierig werden für Bern.

Was raten Sie aus Ihrer Erfahrung den Berner Behörden und dem Verein «Bern neu gründen»? Wie soll er ein solches Projekt den Kritikern schmackhaft machen? Ratschläge gebe ich keine, ich bin aber überzeugt, dass grundsätzlich Potenzial

Zur Person

Paul Huber leitete als Luzerner Justiz- und Sicherheitsdirektor die «Gemeindereform 2000+». Er hat an der gestrigen Hauptversammlung des Vereins «Bern neu gründen» über das Projekt «Stadtregion Luzern» referiert.



verschenkt wird. Mit einer Verstärkung einer Stadtregion können langfristig menschliche Ressourcen gespart und Entwicklungspotenzial genutzt werden.

Der kritischen Bevölkerung der Agglomeration muss erklärt werden, dass das Zusammengehen ihr nicht schadet, sondern nützt. In Luzern gilt der Grundsatz, dass bei Fusionen immer der höhere Leistungsstandard und der niedrigste Steuerfuss der beteiligten Gemeinden übernommen wird. Man muss der Bevölkerung die realen Gewinne, finanziell wie auch bei den Leistungen, aufzeigen. Eine gute und umfassende Kommunikation ist unumgänglich.

Sehen Sie auch Nachteile eines Projektes «Stadtregion»?

Die sehe ich am ehesten in den sogenannten «weichen Faktoren», also bei der Identifikation und der Emotionalität. Die Menschen haben Angst, dass zum Beispiel spezielle Traditionen ihres Dorfes oder für sie wichtige Naherholungsgebiete wegen Überbauung durch die Fusion verloren gehen könnten. Da muss ebenfalls sehr gut ausgeführt und kommuniziert, allenfalls vertraglich geregelt werden, denn diese emotionalen Ängste sind sehr wichtig und unbedingt ernst zu nehmen.

Anzeige



Rikscha-Betriebe hoffen auf Entscheidung des Bundesamts Astra

Stadt Bern - Fahren diesen Sommer Rikscha-Taxis durch die Stadt? Auf den ersten Blick scheinen die bürokratischen Hürden dafür zu gross, wie aus der Antwort des Gemeinderats auf ein dringliches Postulat des Stadtrats Bernhard Eicher (FDP) hervorgeht. Die Entscheidung liegt nun beim Bundesamt für Strassen (Astra).

Seit 2011 werden die Rikscha-Taxis, dreirädrige Velos mit Elektromotor, vom Astra als Kleinmotorräder eingestuft. So brauchen sie einen entsprechenden Ausweis. Zudem darf auf den Gefährten keine Fremdwerbung mehr angebracht werden. Damit werde den Rikscha-Betrieben die Existenzgrundlage entzogen, sagt Eicher. Diese finanzieren sich zu einem grossen Teil durch die Vermietung der Werbefläche.

Wegen dieser neuen Rahmenbedingungen forderte Eicher vom Gemeinderat, die Rikscha-Taxis in Bern weiterhin als Fahrräder oder Leicht-Motorfahrräder zuzulassen. Doch der Gemeinderat lehnt dieses Anliegen mit Verweis auf das Bundesrecht ab. «Ich bin enttäuscht», sagt Eicher. Es sei schade, dass sich der Gemeindeart für diese innovative Geschäftsidee nicht stärker einsetzen wolle. Auch Pascal Nydegger, Geschäftsführer Rikscha Taxi Schweiz GmbH, ist enttäuscht. Trotzdem hat er noch Hoffnung, dass er ab Juli den Rikscha-Betrieb wieder aufnehmen kann. Noch diese Woche will das Astra nämlich eine neue Weisung mit Lockerungen für mehrspurige Elektrofahrzeuge bekannt geben, wie Astra-Sprecher Michael Müller bestätigt. (reh)

Die Stadt Bern bangt um ihr idyllisches Traulokal



Beliebtes Sujet für Hochzeitsfotos: Der Gemeinderat will um das Traulokal in Bümpfliz kämpfen. Foto: Adrian Moser

Ab Ende Jahr sollen im Neuen Schloss Bümpfliz keine Trauungen mehr stattfinden. Die Stadtpolitik wehrt sich nun dagegen.

Simon Jäggi

Die Stadträte stellen Fragen, keine Forderungen - denn zu sagen haben sie ohnehin nichts in dieser Angelegenheit: Im Stadtberner Parlament steht heute eine Interpellation auf der Traktandenliste, die sich dem Traulokal im Neuen Schloss Bümpfliz widmet. Darin wollen Stadträte der Fraktionen von SP/Juso und BDP/CVP vom Gemeinderat wissen, wie es um die Zukunft des Zeremonielokals steht. Im März war bekannt geworden, dass nur noch bis Ende Jahr im idyllischen Schloss geheiratet werden kann.

Alternative: Laupenstrasse

Der Entscheid steht im Zusammenhang mit der Bezirksreform, bei der die Zivilstandskreise von 24 auf 7 reduziert wurden. Auf Anfang letzten Jahres ist der Sitz des neuen Kreises Bern-Mittelland in ein Verwaltungsgebäude an die Laupenstrasse verlegt worden - dort sind auch zwei Traulokale eingerichtet worden. Nun will der Kanton den «Aussenposten» in Bümpfliz einsparen und nur noch im nüchternen Umfeld im City-West Trauungen durchführen - was in der Stadt für Unmut sorgt. «Gerade für Leute, die sich nicht mehr kirchlich trauen lassen, ist der festliche Rahmen wichtig», sagt Interpellant Vinzenz Bartolome (BDP). Daher habe die Stadt hier auch grosse Anstrengungen unternommen. Bevor das Traulokal vor sechs Jah-

ren eröffnet wurde, hatte man es für viel Geld renoviert. Auch die Quartierkommission setzt sich für den Erhalt ein. QBB-Geschäftsführerin Nathalie Herren: «Es geht aber im Grunde nicht um Bümpfliz - es geht um einen attraktiven Heiratsstandort für die gesamte Stadt.»

Auf Ersuchen der QBB hat sich inzwischen auch der Gemeinderat eingeschaltet: Die Präsidialdirektion von Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) hat sich der Sache angenommen. Sein Generalsekretär Peter Tschanz ist mit Vertretern von QBB zusammengesessen. Nun soll ein runder Tisch mit dem Kanton einberufen werden, dieser wird aber laut Tschanz erst nach den Sommerferien tagen. «Wir wollen das Traulokal in der jetzigen Form erhalten.» Da die Verhandlungen anlaufen, will sich der Generalsekretär nicht detailliert äussern, welche Lösungen in Betracht kommen.

Ein mögliche Lösung wäre die Weiterführung als sogenanntes «Zivilstandsamt ausserhalb der Zivilstandsämter» (ZAZ), wie der Interpellationsantwort des Gemeinderats zu entnehmen ist. Im Kanton existieren 16 dieser externen Zeremonielokale - etwa beim Blausee. «Die Stadt kann beantragen, ein solches externes Zeremonielokal einzurichten», bestätigt Karin Schifferle, stellvertretende Leiterin des kantonalen Zivilstands- und Bürgerrechtsdienstes.

Diese Lösung hat aber einen gewichtigen Nachteil: In den externen Zeremonielokalen sind lediglich sieben Trautage pro Jahr vorgesehen. Momentan gibt es im Neuen Schloss Bümpfliz zwei Trautrage pro Woche: Donnerstag und Freitag. 800 bis 1000 Trauungen finden pro Jahr im Neuen Schloss Bümpfliz statt. Die Termine sind jeweils rasch ausge-

bucht. Für den Gemeinderat ist klar, dass deutlich mehr Trautage angestrebt werden sollen. Und auch für die QBB-Geschäftsführerin macht diese Lösung keinen Sinn: «Es ist, als würde die Migros ihre beste Ladenfläche nur sieben Tage pro Jahr öffnen.»

Mietvertrag noch nicht gekündigt

Für Stadtrat Bartolome kommt das Engagement der Regierung aber zu spät. Der Entscheid des Kantons habe sich schon länger abgezeichnet. «Das Trauungslokal ist von grosser Bedeutung, der Gemeinderat hätte sich proaktiv um die Sache kümmern sollen.» Die Kündigungsfrist sei mit 12 Monaten relativ kurz bemessen. Der Kanton hat den Mietvertrag aber bisher noch nicht gekündigt, wie Generalsekretär Tschanz bestätigt. Die Räumlichkeiten im ersten Stock werden zurzeit von der Kantonspolizei genutzt. Sollte das Traulokal tatsächlich auf Ende Jahr geschlossen werden - was geschieht mit den Räumlichkeiten im Parterre? Und hat der Kanton vor, gänzlich aus dem Neuen Schloss auszuscheiden? Beim zuständigen kantonalen Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) war dazu gestern keine Stellungnahme zu erhalten. Ohnehin ist die Kommunikation der Kantonsbehörden in dieser Sache zurückhaltend: Der Entscheid, das Traulokal zu schliessen, wurde lediglich der QBB mitgeteilt und gelangte so an die Öffentlichkeit.

Wie könnte das Neue Schloss Bümpfliz sonst genutzt werden? «Das ist eben eine schwierige Frage», so Tschanz. Die Möglichkeiten seien sehr beschränkt. Sicher ist: Der Park soll weiterhin öffentlich genutzt werden können. Konkrete Alternativen gebe es hier noch keine.

Bieler Amokläufer gibt Interview

Seit September sitzt der Bieler Rentner Peter Hans Kneubühl im Gefängnis. Er hatte sich gegen die Zwangsräumung seines Hauses gewehrt und mutmasslich einem Polizisten in den Kopf geschossen. In einem gestern publizierten Interview, das die welsche Tageszeitung «Le Matin» schriftlich mit ihm führte, sagt Kneubühl, er bereue nicht, was er getan habe, er werde sich auch nicht entschuldigen «bei solchen Gangstern», man müsse sie bekämpfen. Er erwarte eine Entschuldigung und Entschädigung vom Staat. Geschossen habe er in akuter Lebensgefahr, so Kneubühl. Die Justiz lüge und sei korrupt, doch er werde weiterkämpfen, den Kampf um sein Elternhaus habe er leider zu spät begonnen. Das Leben im Gefängnis sei nicht angenehm, aber andererseits nicht völlig anders als jenes draussen: Sicherheitstore, Videoüberwachung und dergleichen. Der 68-Jährige bezeichnet sich als «alten 68er», für den viele Illusionen zerbrochen seien. Am 8. September sei sein Leben zu Ende gegangen, er wolle nicht mehr lange leben, sagt Kneubühl. Er bereite derzeit seinen Prozess vor. (mdü)

FDP fordert: «Fussgängerzone statt Tramwand»

Mit der Initiative will die FDP den öffentlichen Verkehr in Berns Gassen verteilen.

Marc Schiess

Die ganze Markt- und Spitalgasse ist eine einzige Flanierzone, der dort durchgehende öffentliche Verkehr wird durch andere Gassen geführt oder unterirdisch verlegt. Dies fordert eine von FDP, SVP und BDP gestern den Medien vorgestellte Initiative. Die Promotoren sind sich bewusst, dass dies eine kühne Vision ist. Ihre Initiative sei als Denkanstoss zu verstehen, sagt Bernhard Eicher (FDP): «Einzelne Verantwortliche haben eine Denkblockade.» Das Begehren sei bewusst offen formuliert, da es verschiedene Varianten gebe. Er wie auch die anderen beiden anwesenden Mitglieder des Initiativkomitees, Roland Jakob (SVP) und Mario Imhof (FDP), wollen sich deshalb nicht auf die Äste rauslassen, wie der Auftrag der Initiative genau umgesetzt werden sollte. Man wolle den Behörden den Auftrag geben, Alternativen vorzubereiten, sagt Eicher.

Überall gehts, nur nicht in Bern

Gemäss Eicher liegt der Ursprung der Initiative in den Vorstössen von Mario Imhof. Für den FDP-Stadtrat ist klar: Die Initiative zwingt Verkehrsplaner, «grossräumiger zu denken». Fussgängerzonen funktionierten in der ganzen Welt, «wa-

rum nicht auch in Bern»? Er könne nicht verstehen, dass die Linke gegen die Idee einer Fussgängerzone sei.

«Chance für Gewerbler»

Gegen die Initiative ausgesprochen hat sich der Innenstadtvorstand Bern-City. «Wahlkampf», vermutete dessen Geschäftsführer Martin Bühler als Grund für die bürgerliche Initiative («Bund» vom 3. Mai). Dem widersprechen die drei Stadträte. Roland Jakob sieht in der Initiative eine Chance für «Gewerbler»: Diese hätten durch die Umverteilung des ÖV mehr Raum, auf dem sie dem Publikum Güter zeigen könnten. «Auch für Restaurants würde es mehr Verkaufsfläche geben», argumentiert er. Dies dürfte ein Grund sein, weshalb die Initiative von einigen Gewerbetrieben aus der Markt- und Spitalgasse unterstützt wird, etwa von der Confiserie Beeler. Ihr Eigentümer Rochus Beeler sieht bei einer allfälligen Umsetzung der Initiative «grosse Chancen - eine Fussgängerzone wäre einzigartig».

Eicher sagte vor den Medien, bei «Verantwortlichen» gebe es zwei Arten: jene, die Ideen hätten - und die «Erbsenzähler». Bis vor einem Jahr habe es geheissen, eine zweite Tramachse sei nicht möglich, nun sehe es anders aus. Den Initianten ist bewusst, dass eine Umsetzung - sofern das Begehren zustande kommt und an der Urne Erfolg hat - bis zu 15 Jahre benötigen würde.